Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,26 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen!
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprechen der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.
Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 53. Halle, Sonntag, den 1. Februar 1914.

## Mb. Deutscher Reichstag.

208. Sitzung. Sonnabend, 31. Januar.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

### Das Reichsamt des Innern.

(Neunter Tag.)

**Abg. Bassermann (Natl.):**

Nach den Mitteilungen der Morgenblätter sind auf Zeche Achenbach 80 Bergleute durch eine Explosion eingeschlossen. Bisher sollen 22 tot und 17 verletzt sein. Als erster Redner des Hauses glaube ich dem Gefühl herzlichster Teilnahme für die Verunglückten und ihre Angehörigen Ausdruck geben zu sollen. Wir wären dem Staatssekretär dankbar, wenn er uns im Laufe der Sitzung nähere Mitteilungen machte. (Beifall.)

Die gestrigen Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein über das Depositenwesen billigen wir und sprechen seiner Politik unser Vertrauen aus. Es ist ihm gelungen, unsere finanzielle Lage zu stärken. Ein Vergleich mit den großen europäischen Staatsbanken weist für unsere Reichsbank ein erfreuliches Ergebnis auf, das wir im Interesse unserer finanziellen Kriegsbereitschaft begrüßen. Auch den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten über die Tätigkeit der deutschen Privatbanken pflichten wir bei. Sie haben ihre wirtschaftspolitischen Aufgaben erfüllt und die Entwicklung richtig erkannt. Beim Depositengeschäft ist ihre Hauptaufgabe, die ihnen zuströmenden Kapitalien in die richtigen Kanäle zu leiten und dem Kredit dienstbar zu machen. Hervorragende Persönlichkeiten an der Spitze unserer Banken haben auf diesem Gebiet durch Unterstützung der Industrie Großes geleistet. Sie sind ihr in einem gewissen Wagemut mit großen Engagements beigesprungen. Dann haben sie den Kommunalverwaltungen mit ihren großen Kreditbedürfnissen geholfen und schließlich auch dem Staate.

Es wäre unrichtig, diese Entwicklung durch eine Erschwerung der Tätigkeit der Banken zu unterbrechen. (Sehr richtig!) Die vorgeschlagene Kontrolle würde nur das Geld erheblich verteuern. Gegen raffinierten Betrug, gegen Bankbrüche, die sich jahrelang vorbereiten lassen, gibt es keine Sicherheit. Der Staat übernähme mit dieser Kontrolle eine geradezu unerträgliche Verantwortung. (Sehr richtig!) Die Grundsätze, von denen sich die Reichsbank leiten läßt, sind richtig. Dank ihnen ist die Privatliquidität des Geldes immer stärker geworden. Und darauf kommt es mit an. Uebrigens gibt es heute keine Bank, die nicht selbst die schärfste Revision ausübt.

Wichtig ist natürlich, daß unsere großen Gesellschaften eine richtige Kreditpolitik treiben. Das Auslandsgeschäft unserer Großbanken, das so vielfach bekämpft wird, läßt sich nicht entbehren. Es ist ein wesentlicher Faktor zur Großmachtstellung eines Reiches. Das Beispiel Frankreichs beweist das am besten. Natürlich darf man dabei nicht planlos vorgehen. Die mangelnde Bautätigkeit infolge der traurigen Lage des Hypothekenmarktes macht den Wunsch nach einer Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch geltend, wie eine größere Sicherung der Hypothekengläubiger bringt. Die Frage des Koalitionsrechtes wollen wir nicht im Sinne der konservativen Vorschläge geregelt wissen. Es wäre Wahnwitz, in die Koalitionsfreiheit einzugreifen, und ich würde es für einen schweren politischen Fehler halten, die Arbeiterorganisationen mißtrauisch zu machen. Wenn man den Arbeitern das Koalitionsrecht gibt, muß man es ihnen auch überlassen, in welcher Form sie davon Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall links.) Von bestimmten Anträgen sehen wir ab, weil wir, ähnlich wie bei der Zabern-Affäre, die Initiative, dem Rat des Grafen v. Westarp folgend, der Regierung überlassen wollen. Der Erlaß eines Verbotes des Streikpostenstehens erscheint uns überflüssig, weil schon heute durch die Polizei gegen das Streikpostenstehen eingeschritten werden kann, wenn Ausschreitungen begangen werden. Das ergibt sich aus den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Der Wunsch, die Verhältnisse der Berufsvereine gesetzlich zu regeln, ist ja schon recht alt. Ich bedauere, daß diese Regelung nicht schon lange in die Wege geleitet ist. Es wäre zu erwägen, ob nicht die Rechtsfähigkeit dieser Vereine zu erweitern und die Frage ihrer Verantwortlichkeit neu zu prüfen ist. Boykott wird nicht bloß von Sozialdemokraten, sondern auch von Konservativen angewendet.

Eine Denkschrift über Vorkommen und Wirkungen des Boykotts ist im allgemeinen Interesse erwünscht. Für die Vorbereitungen der Handelsverträge ist eine Ausgestaltung des wirtschaftlichen Ausschusses erforderlich. Günstige Handelsverträge abzuschließen, wird dann schwieriger, da das Rüstzeug aller Staaten stärker geworden ist. Die Gründung großer internationaler Verbände ist ein Ziel, das allseitige Unterstützung verdient. Wir billigen unsere Wirtschaftspolitik und glauben, daß sich der Zolltarif von 1902 bewährt und dazu beigetragen hat, die Industrie zu ihrer heutigen Höhe zu entwickeln und der Landwirtschaft große Vorteile zu bringen. Krisen werden sich in keinem Wirtschaftsleben vermeiden lassen. Daß sie heute weniger schwer zu sein pflegen, danken wir den starken Organisationen unserer Industrie, die ausgleichend wirken. Nehmen wir hinzu, daß der Staatssekretär Dr. Delbrück sich große Verdienste auf dem großen Gebiete der Sozialpolitik erworben hat, so haben wir allen Grund, ihm unser Vertrauen auszusprechen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Staatssekretär Dr. Delbrück:**

Auch namens der Regierung schließe ich mich den Worten herzlicher Teilnahme an, die der Abg. Bassermann für die Verunglückten von Zeche Achenbach ausgesprochen hat. Ich habe mich sofort, als ich aus der Presse von dem Unglück erfuhr, mit dem Handelsminister in Verbindung gesetzt. Das vorläufige Ergebnis der Erhebungen ist: eine Schlagwetterexplosion ereignete sich auf Grube Achenbach auf der dritten Tiefsohle. Ein erheblicher Grubenbrand hat nicht stattgefunden, so daß der Berghauptmann noch in der Nacht die Zufahrt beginnen konnte. Bisher sind 10 Tote, zwei lebensgefährlich, acht weniger schwer verletzte Bergarbeiter geborgen. Drei Arbeiter sind anscheinend unter den zusammengebrochenen Trümmern der Grube verschüttet und dürften tot sein. Insgesamt dürften 25 Menschenleben zugrunde gegangen sein. Es scheint, daß mit größeren Verlusten unter allen Umständen nicht gerechnet werden kann.

Sobald weiteres Material eingegangen ist, werde ich nicht verfehlen, es dem Hause mitzuteilen. In Anknüpfung an meine Erklärungen zu unserer Wirtschaftspolitik und namentlich meine programmatische Festlegung hinsichtlich der neuen Handelsverträge hat der Abgeordnete Bassermann erneut die Frage erörtert, ob es nicht möglich und zweckmäßig sei, dem wirtschaftlichen Ausschuß eine andere Organisation zu geben, namentlich ob es nicht möglich sei, einer größeren Anzahl von Verbänden ein Präsentationsrecht zu dem Ausschuß zu geben, und zur Beurteilung besonderer Fragen auch einzelnen Industriezweigen. Mit der Prüfung dieser Frage bin ich eigentlich unablässig beschäftigt gewesen, so lange ich das Reichsamt des Innern vertrete. Sie ist eingehend erörtert worden, aber ich bin nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir in der Lage sind, dem wirtschaftlichen Ausschuß eine wesentlich andere Gestalt zu geben, als er von Hause aus besitzt, ohne seine Brauchbarkeit für seinen eigentlichen Zweck zu schädigen. Wir müssen zunächst daran festhalten; die allgemeinen Richtlinien der Zoll- und Wirtschaftspolitik werden hier im Reichstage festgelegt. Dann ist es Pflicht der Regierung, alles zur Beantwortung der dabei etwa auftauchenden Fragen erforderliche Material zu beschaffen.

Man muß ihr eine gewisse Freiheit lassen, wie sie sich in den Besitz dieses Materials setzt. Man muß aber vor allen Dingen vermeiden, diesen vorbereitenden Beratungen handelspolitischer Fragen gewissermaßen eine amtliche Form zu geben. Das würde auf die Errichtung einer Art Zollparlament hinauslaufen, das naturgemäß den Einfluß des Reichstages beschränken müßte, in dem Maße, wie es seine Zusammensetzung und Organisation festlegt. Ich darf an den preußischen Volkswirtschaftsrat erinnern. Er war eine Idee des preußischen Abgeordnetenhauses, sie wurde aber hier im Reichstage meines Erinnerns eigentlich von allen Parteien von der Hand gewiesen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, man könne unmöglich eine Organisation schaffen, die in die Kompetenzen des Reichstages eingriffe. Ich erinnere an die Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Beirat. Es liegt klar auf der Hand, daß derartige Körperschaften schließlich auch grundsätzliche und allgemeine politische Fragen erörtern und zum Gegenstand politischer Vorschläge an den Reichstag machen. Das kann aber nicht der Zweck einer solchen Organisation sein.

Der wirtschaftliche Ausschuß soll lediglich die Regierung beraten bei Bewertung der Faktoren, die bei Festsetzung eines Zolltarifes und Schaffung von Handelsverträgen ausschlaggebend sind, vor allen Dingen bei Bewertung der wirtschaftlichen Bedeutung einzelner Momente, nach denen die Positionen eines Handelsvertrages festzusetzen sind. Deswegen bin ich der Meinung, daß die augenblickliche Organisation des wirtschaftlichen Ausschusses richtig ist. Sie gibt nur die Möglichkeit, soviel Sachverständige zu hören, als ich irgendwie für nützlich und notwendig halte. Mehr ist von einer derartigen begutachtenden und vorbereitenden Behörde überhaupt nicht zu erreichen. Kein äußerlich liegt ja eine anscheinende Unebenheit vor, daß bei der Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausschusses gehört werden: 1. der deutsche Landwirtschaftsrat, 2. der deutsche Handelstag und 3. der Zentralverband deutscher Industrieller. Namentlich das letztere Moment hat in zahlreichen inzwischen entstandenen industriellen Verbänden, die zurzeit andere volkswirtschaftliche Auffassungen und Kreise vertreten, den Wunsch entstehen lassen, man möge auch diesen Verbänden die Möglichkeit einer Präsentation in dem wirtschaftlichen Ausschuß geben.

Wir haben auch diese Frage geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir mit Erfüllung dieses Wunsches ins Uferlose geraten würden. In einer solchen Zusammensetzung würde der Ausschuß seine Aufgabe nicht erfüllen können. Es läßt sich aber tatsächlich mit dem jetzigen Zustande auskommen. Es hat sich herausgestellt, daß der Bund der Industriellen außerordentlich stark vertreten ist, denn seine Mitglieder sind zum Teil auch Mitglieder des Zentralverbandes, sind vor allem aber auch Vertreter des deutschen Handelstages und kommen so in großer Zahl in den wirtschaftlichen Ausschuß. Die augenblickliche Organisation gibt aber auch sonst die Möglichkeit eines Ausgleiches, wie er erwünscht ist. Wir können immer dabei die verschiedenen Landesteile und Industriezweige berücksichtigen. Das geschieht auch jedesmal unter sorgfältiger Erwägung der von neuen Mitgliedern zu vertretenden Interessen, Klassen- und Bundesstaaten. Wir können tatsächlich auf diese Weise ein nicht allzu großes und tatsächlich aktionsfähiges Parlament, wenn ich mich so ausdrücken darf, für die Beratung dieser Fragen erhalten. Die Verhältnisse würden nicht gebessert werden, wenn die Zahl gegen früher erheblich vermehrt und noch eine größere Anzahl von Körperschaften ein Präsentationsrecht erhalten würde.

Durch die Möglichkeit, Sachverständige zu vernehmen, ist der wirtschaftliche Ausschuß außerordentlich elastisch, so daß alle Interessen darin vertreten sein werden. Eine Klärung der einzelnen Fragen kann so leichter erreicht werden, als durch eine Verstärkung des Ausschusses durch ein Mehr oder Minder von Mitgliedern. Ich bin bereit, in der bisherigen Richtung alles zu tun, was in meiner Kraft steht, um den wirtschaftlichen Ausschuß leistungsfähig zu erhalten und alle Interessen dort zu Worte kommen zu lassen. Aber Schritte zu tun, die in der Richtung einer größeren festen Organisation liegen, die nach meiner Ansicht zu einer Art Neben-, wirtschaftlichen oder Zollparlament führen würden, kann ich weder im Interesse des Reichstages, noch im Interesse der verbündeten Regierungen für zweckmäßig halten. (Beifall).

**Abg. Dr. Wendorff (Vp):**

Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär den vom Reichstag vorgeschlagenen Weg zur Ausgestaltung des wirtschaftlichen Ausschusses nicht gehen will. Dr. Becker-Hessen hat auf Meinungsverschiedenheiten über politische Fragen in meiner Fraktion hingewiesen. Solche Meinungsverschiedenheiten bestehen wohl in allen Parteien. Herr Gothein hat unsere wirtschaftspolitische Stellung dargelegt, und außerdem ist sie in unserem Parteiprogramm niedergelegt. An diesen Festsetzungen halten wir fest. (Sehr richtig! bei der Vp.) Die übrigen wirtschaftspolitischen Ausführungen des Dr. Becker deuten darauf hin, daß in ihm die etwas plötzlich entstandene „Fraktion Hestermann" bald einen Hospitanten erhalten wird. (Große Heiterkeit.) Die „Deutsche Tageszeitung" hat die Hestermannsche Rede das Hauptereignis des Tages genannt. Das war eigentlich recht unfreundlich gegen den konservativen Abg. Hoesch, der an demselben Tage seine programmatische Rede hielt. (Abg. Dr. Oertel [Kons.]: Die war schon in der Abendausgabe besprochen.) Ach so. Sie ändern Ihre Ansicht von der Abendausgabe zur Morgenausgabe. (Große Heiterkeit.)

Wir protestieren dagegen, wenn Herr Hoesch uns das Wort des Freiherrn von Wangenheim vorhält: „Innere Kolonisation sei ein hohles Schlagwort der Demokratie!" (Unruhe links und Zuruf: Unerhört!) Ja, das ist unerhört, das ist eine echt junkerliche Ueberhebung. (Beifall links, Präsident Kaempf rügt den Ausdruck.) Das bezog sich auf den Freiherrn von Wangenheim und dem gegenüber halte ich den Ausdruck aufrecht. (Beifall links.) Was die Konservativen mit der inneren Kolonisation wollen, das hat ein Gutsverwalter dahin ausgesprochen, daß den Gutsbesitzern mehr Arbeitskräfte verschafft werden sollten, und daß Bauern nicht angesiedelt werden sollten, weil sie politisch nicht zuverlässig seien. Die Landflucht ist bei den ostelbischen Großgrundbesitzern weit größer als bei den westlichen Bauernwirtschaften. Eine Hauptursache dieser Landflucht sind die rechtlichen Verhältnisse, die die Landarbeiter zu Deutschen minderen Rechts machen. Die Zunahme des Viehbestandes entfällt nicht auf den Großbesitz, sondern auf den kleinen und gerade den kleinsten Besitz. Außerdem hat sich gezeigt, daß wenigstens die Schweinezucht sich auch außerhalb der Landwirtschaft gehoben hat. Die jetzige Wirtschaftspolitik hat uns von ausländischen Arbeitern und ausländischer Fleischproduktion abhängig gemacht. Trotzdem werden wir dem Staatssekretär sein Gehalt nicht verweigern. (Beifall und Heiterkeit.)

**Abg. Graf Westarp (Kons.):**

Die klaren und sichtvollen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten können wir nur billigen. Gegen die Animierbankiers ist ein entschiedenes Einschreiten notwendig. Hinsichtlich der Handelsverträge werden Gründe der auswärtigen und inneren Politik eine Aenderung der passiven Haltung der Reichsregierung notwendig machen. Wir wollen den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht nehmen, auch begrüßen wir die Tätigkeit der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften. Dagegen genügen die Befugnisse der Polizei nicht, um die Mißstände, die das Streikpostenstehen geschaffen hat, zu beseitigen. Das Streikpostenstehen dient heute zur Einschüchterung der Arbeiter, zu einer Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit.

Die Unzulänglichkeit des jetzigen Zustandes wird durch die immer lauter werdenden Beschwerden des Mittelstandes und der Industrie bezeugt. Ein Koalitionszwang der Arbeitgeber hat zu Mißständen bisher nicht geführt. (Unruhe bei den Soz., Ruf: Haben Sie eine Ahnung!) Außerdem ist diese Frage nach anderen Gesichtspunkten zu beurteilen als der Koalitionsmißbrauch, der die Arbeiterschaft beherrscht. Wir werden nicht aufhören, gegen diesen Mißstand anzukämpfen. (Beifall rechts.)

**Abg. Spiegel (Soz.):**

Das Unglück auf Grube Achenbach beweist einmal wieder, wie wenig die Wünsche des Reichstags von der Regierung berücksichtigt werden. Die Polizeimaßregeln bei Streiks beweisen, daß ein Ausnahmezustand für die gewerkschaftliche Tätigkeit besteht. Auch die Christlichen werden sich für die Unterstützung der Konservativen bedanken. Den krassesten Terrorismus üben die Unternehmer aus. Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftler sind Blutapfelsinen, sie sind außen gelb und innen rot. Sie folgen nur einem Zwange, wenn sie gegen ihre eigenen Arbeitsgenossen Front machen. In Berlin bei den Siemenswerken wird jedem neuen Arbeiter der Aufnahmeschein für den gelben Verein gleich mit vorgelegt. (Hört! Hört!)

**Abg. Dr. Fasbender (Ztr.):**

Eine möglichst schleunige gesetzliche Regelung des Waffenhandels ist notwendig. Wir müssen noch in dieser Session ein entsprechendes Gesetz haben. Empfehlenswert ist die Gründung einer besonderen Tiefbau-Kammer.

**Unterstaatssekretär Richter:**

Ein Gesetz über den Handel mit Waffen und Munition ist bereits ausgearbeitet und wird in allernächster Zeit den Interessenten zur Begutachtung vorgelegt werden. Wir hoffen, daß es noch im Laufe dieser Session an den Reichstag gelangen wird. Die Frage der Gründung einer Tiefbaukammer für das ganze Reich wollen wir prüfen. Es ist aber auch zu erwägen, ob es sich nicht hier um eine Aufgabe der Einzelstaaten handelt.

**Abg. Dr. Böhme (Natl.):**

Ich werde mir vom Abg. Hoesch nicht das Recht nehmen lassen, Aeußerungen von hervorragenden Mitgliedern des Bundes der Landwirte zu zitieren und mich dagegen auszusprechen. Ich wüßte nicht, seit wann das hier verboten sein sollte. Die Arbeiteransiedlung, die Dr. Hahn kürzlich wieder gefordert hat, hat sich als undurchführbar erwiesen. Das hat der frühere Präsident der Ansiedlungskommission selbst erklärt. In der Frage der inneren Kolonisation haben sehr erfahrene Männer, wie der Regierungspräsident v. Schwerin-Frankfurt a. O. und der Präsident Metz im Gegensatz zu den Konservativen davor gewarnt, die Durchführung der inneren Kolonisation in die Hand der Behörden zu legen. Dieselben Sachverständigen bestreiten auch, daß auf dem Gebiet der inneren Kolonisation schon Hervorragendes geleistet worden ist. Für ein Parzellierungsgesetz sind wir stets eingetreten, freilich aber haben wir betont, daß ein schlechtes Gesetz den Bauern sehr schaden kann.

Als die „Köln. Ztg." in mehreren Artikeln für das Parzellierungsgesetz eintrat, wurde sie von der „Deutschen Tageszeitung" angegriffen. Schon Friedrich der Große trat für eine bauernfreundliche Politik ein. Die heutigen Konservativen wollen davon nichts wissen. Für sie gibt es „altpreußische Tradition" nur, wenn sie Vorteile davon haben. Neue Fideikommisse dürfen nicht mehr gegründet, die bestehenden müssen eingeschränkt werden. Von Beziehungen des Deutschen Bauernbundes zu Güterschlächtern, von denen Herr Hestermann gesprochen hat, ist mir nichts bekannt. Mir ist auch niemals von Herrn Hestermann ein derartiger Bericht während seiner Tätigkeit im Bauernbund erstattet worden. Die Herren an der Spitze des Deutschen Bauernbundes sind praktische Landwirte, und es liegt deshalb kein Anlaß vor, diese Herren irgendwie in Mißkredit zu bringen, als ob sie nichts mit der Landwirtschaft zu tun hätten. Umgekehrt ist so mancher Konservativer, wie z. B. Herr Hoesch, erst aus der Industrie in die Landwirtschaft gekommen.

Die Rechtsprechung hat gezeigt, daß die Herren auf der rechten Seite — natürlich außerhalb des Hauses (Heiterkeit!) — in der schlimmsten Weise den Terrorismus ausüben. (Unruhe rechts.) Der Amtsvorsteher und andere Beamte haben in den Wahlkämpfen die politische Freiheit in jeder Weise bedroht. (Hört! hört! links.) Das sind doch bekannte Tatsachen. Mehr als dreißig Vertreter des Bundes der Landwirte mußten wegen Beleidigung von Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes bestraft werden. (Hört! hört!) Es wurde sogar festgestellt, daß vom Bunde der Landwirte über mich planmäßig ein falsches Gerücht verbreitet worden ist. (Hört! hört! links. — Zuruf rechts: Welches?) Es wurde behauptet, daß ich von Wallin 20 000 Mk. erhalten hätte, um als Knecht des Großkapitals die deutsche Viehzucht zu ruinieren. (Große Heiterkeit.) Bei näherer Prüfung würden sich noch viele Fälle von Terrorismus beweisen lassen. Warum sollen wir uns nicht freundlich zum Hansa-Bund stellen. Er ist durchaus für den Schutz der nationalen Arbeit. Es gibt doch auch noch andere Fragen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140201010/fragment/page=0001

Zollfragen, kulturelle Fragen, wie die der Reform des Wahlrechts. Da stehen wir ganz auf demselben Standpunkt, wie der Hansa-Bund. Warum sollen wir da nicht auf eine freundliche Einladung eine freundliche Antwort geben? Machen Sie es denn anders? Wie ist es denn mit dem Kartell der schaffenden Stände?

Herr Hoesch hat in der „nichtpersönlichen" Weise, die ihn auszeichnet, mir vorgeworfen, daß ich für die Reform der Umsatzsteuer eingetreten sei. Damit setzt er sich in Widerspruch mit seinem Parteiführer Grafen Westarp, der in der Finanzkommission sich für meinen darauf abzielenden Antrag ausgesprochen hat. Wir können die Lücken im Zolltarif sehr wohl und wollen sie gern ausfüllen. Den Weg der extremen Schutzzollpolitik aber werden wir freilich niemals gehen. Die Schutzzollpolitik ist nur aufrechtzuerhalten durch eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft.

**Abg. Schweickhardt (Vp.)**

spricht gegen den Abg. Vogt-Hall, der ein ganz unzutreffendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse in Württemberg gegeben habe. Den Kleinmüllern kann nicht durch eine Mühlenumsatzsteuer, sondern nur durch eine Tarifdifferenzierung zwischen Getreide und Mehl geholfen werden.

**Abg. Peus (Soz.):**

Die Bäckerinnungen klagen immer über die Konkurrenz der Konsumbäckereien, warum nicht über die der kapitalistischen Brotfabriken, die viel umfangreicher sind? Wir bitten um statistisches Material.

**Abg. Hestermann (Bei k. Partei):**

Ich habe nicht behauptet, daß der Bauernbund als solcher mit Güterschlächtern zu tun hat oder daß Dr. Böhme damit zu tun hat. Ich habe nur gesagt, daß in einem Wahlkreise und dem Dr. Böhmes Güterschlächter an mich herangetreten sind und mich gebeten haben, dafür einzutreten, daß ihnen in Preußen nicht das Handwerk gelegt wird. Zum Schutzzoll kann ich nur sagen, was ich schon als Redner der nationalliberalen Partei gesagt habe. (Heiterkeit.) Dr. Böhme hat sich auch in gewaltigen Gegensatz zur nationalliberalen Partei und zum Bauernbund gesetzt, wenn er hier nur auf die Rechte schlägt und die Linke ungeschoren läßt. (Heiterkeit rechts, Lachen links.) Auch Herr Dr. Böhme muß doch wissen, daß in der nationalliberalen Fraktion auch Mitglieder des Bundes der Landwirte sitzen. (Hört! Hört!) Ich weiß nicht ob diese Herren nächstens auch aus der nationalliberalen Partei herauskommen. (Heiterkeit.) Im Bauernbunde sitzt auch Herr Löscher von der Reichspartei. Er war der Renommier-Freikonservative. (Heiterkeit.) Er wurde in den Versammlungen besonders erwähnt, weil die Freikonservativen in landwirtschaftlichen Fragen zuverlässig sind. (Heiterkeit rechts.) Und dann sitzen im Bauernbunde auch freisinnige Leute. Es ist doch eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, daß man mit diesen Herren zusammenarbeiten kann (Hört! Hört! und Heiterkeit!), besonders nachdem Dr. Wendorff heute erklärt hat, daß seine Freunde auf ihrem Programm beharren und für Abbau der Schutzzölle sind. (Abg. Dr. Paasche winkt mit der Hand ab.) Ach, Herr Paasche, regen Sie sich doch nicht auf. (Heiterkeit und Unruhe.)

Dem Standpunkt des Zentrums stimme ich durchaus zu. (Schallende Heiterkeit und Zurufe: Sie wollen wohl ins Zentrum? — Die Herren vom Zentrum winken lebhaft ab. — Erneute Heiterkeit.) Ich finde, daß die Zentrumspartei viel besser ist als manche andere Partei. (Allgemeine große Heiterkeit!) Bei den Wahlen wird viel Schwindel getrieben. (Schallende Heiterkeit und Zurufe: Von Ihnen!) Da wurde das Zentrum immer als die große Gefahr hingestellt. Ich habe in der nationalliberalen Fraktion die Erfahrung gemacht, daß man mit der Zentrumspartei eine ganz vernünftige Politik machen kann. (Schallende Heiterkeit.) Der nationalliberalen Partei gegenüber will ich aus alter Freundschaft feststellen, (Große Heiterkeit und Zurufe: Kehre zurück!) daß in dieser Partei viele Herren sind, die meinen Standpunkt teilen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Hauptsache für die bürgerlichen Parteien ist die, die Kluft zwischen Großgrundbesitzern und Bauern nicht zu erweitern, sondern zu beseitigen. (Beifall rechts.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Einige Titel werden noch erledigt. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Dienstag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Weiterberatung.

Schluß 5 Uhr.

# Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

**Sitzung vom 31. Januar 1914.**

Am Regierungstische: Freiherr v. Schorlemer

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr mit folgenden Worten: Meine Herren, gestern nachmittag ist die Provinz Westfalen wiederum von einem größeren Grubenunglück heimgesucht worden; zahlreiche Familien sind mit einem Schlage in Trauer, Not und Elend versetzt worden. Die Zeche Achenbach hat bereits im Dezember 1912 eine Schlagwetterexplosion erlitten, wobei fast 50 Bergleute getötet wurden. Ich werde, wenn kein Widerspruch erfolgt, der Gewerkschaft und den Hinterbliebenen telegraphisch die Teilnahme des Hauses aussprechen. (Allseitige Zustimmung).

Die zweite Beratung des Staatshaushaltsetats von 1914 wurde mit dem Etat der Forstverwaltung fortgesetzt.

**Abg. Meyer-Tawellningken** (Konf.): Das Vorjahr hat uns die Forstschreiber gebracht, die genau so gestellt werden sollen, wie die Förster. Sie sollen auch eine Dienstwohnung erhalten; es wird nötig sein, in Zukunft mehr Mittel dafür in dem Etat bereitzustellen. Die Neubauten der Forstverwaltung müssen in Zukunft geschmackvoller ausgeführt werden. Förster, die ihre Kinder nicht an Ort und Stelle unterrichten lassen können, müssen eine Erziehungsbeihilfe bekommen. Die Forstverwaltung sollte mehr Arbeitshäuser bauen. Dem Wohnungsbedürfnis soll man unter keinen Umständen entgegentreten, sondern das Streben nach guten Wohnungen womöglich künstlich wecken. Wenn der Arbeiter eine gute Wohnung hat, dann hat er eine zufriedene Frau, und (nach links gewendet) wenn er eine zufriedeneFrau hat, dann bleibt er zuHause, statt abends in den Krug oder in die Versammlung zu gehen, und von dem Augenblick an ist er unser. (Beifall rechts; Lachen links).

**Abg. Lüders** (Freikonf.): Die Förster haben ein Interesse daran, daß die innere Kolonisation gefördert wird. Im Interesse der Fichtenzucht ist es wünschenswert, die kleineren Parzellen zu größeren Beständen zusammen zu legen. Angesichts der volkswirtschaftlich so wichtigen Tätigkeit der Förster, hoffe ich, daß diese in der kommenden Besoldungsvorlage nicht vergessen werden.

**Abg. Dr. Ehlers** (Fortschr. Vpt.): Die Preisverhältnisse auf dem Holzmarkt sind zum Teil noch recht ungünstig. Es sollten einheitliche Bedingungen für den Holzhandel aufgestellt werden. Eine Aufbesserung der Bezüge, namentlich der unteren Beamten der Forstverwaltung, wäre sehr angebracht. Die Forstassessoren sollten eine analoge und ähnliche Ausbildung erhalten wie die Justizbeamten

Präsident **Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz** machte folgende Mitteilung: Nach einer privaten Nachricht (telegraphisch und telephonisch) sind auf der Grube Achenbach 22 Tote, 17 bis 19 Verletzte, 5 Vermißte. Die übrigen 50 bis 60 Arbeiter seien heute morgen gerettet.

Abg. **Weißermel** (Konf.): Wir können nur wünschen, daß die kleineren Interessenten beim Verkauf von Brennholz und von Nutzholz Berücksichtigung finden. Der Forstfiskus verwertet seine Bestände in hervorragend kaufmännischer Weise. Der Etat der Forstverwaltung ist finanziell außerordentlich vorsichtig aufgestellt.

Abg. **Dr. Macco** (Natl.): Wir wünschen eine bessere Erhaltung und Aufforstung der Buchenwaldungen. Die Eisenbahnverwaltung bezieht noch heute 60 Prozent ihrer Schwellen vom Auslande. Im Interesse der Industrie liegt es, daß die Forstverwaltung der Aufforstung von Laubholz größeren Wert beilegt.

Abg. **Rhiel** (Ztr.): Den berechtigten Nutznießern von Holz in Hessen sollten nicht so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Abg. **Brandhuber** (Ztr.): Von der Zweckmäßigkeit der Forsteinrichtungen hängt der Ertrag des Waldes ab; für die Gemeinde-, Stiftungs- und Genossenschaftswaldungen gibt es leider noch keine einheitliche gesetzliche Regelung für die Forsteinrichtungen. Ohne die feste Grundlage einer einheitlichen Regelung der Forsteinrichtungen ist eine richtige Kontrolle schwer durchzuführen.

Abg. **Rosenow** (Fortschr. Vpt.): Abg. Ehlers hat lediglich an der Hand von Tatsachen, namentlich des Darniederliegens des Baumarktes, befürchtet, daß der Etatsansatz zu hoch sein möchte. Wir werden uns immer das Recht sachlicher Kritik vorbehalten.

Abg. **Dr. Wendlandt** (Natl.): Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß beim Eisenbahnbau die Holzschwellen nach und nach immer mehr von den Eisenschwellen verdrängt werden. Mit der Zeit wird sich das auf dem inländischen Holzmarkt bemerkbar machen.

Oberlandforstmeister **v. Freyer**: Ich kann in jedem Falle versichern, daß es der Forstverwaltung durchaus fernliegt, den Berechtigten irgendwie zu nahe zu treten. Ich hoffe, daß es im nächsten Jahre gelingen wird, eine höhere Summe für Arbeiterhäuser in den Etat einzusetzen. Der Lokalbedarf soll beim Holzverkauf nach Möglichkeit befriedigt werden.

Abg. **Dr. v. Korn-Rudelsdorf** (Konf.): Wir beziehen noch immer zuviel ausländischen Samen, der doch weit schlechter ist, als der inländische. Es ist zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Bezug von ausländischen Samen einer Kontrolle zu unterwerfen.

Abg. **Hensel** (Konf.): Mit der Einschränkung der Vergebung und Bebauung von Waldweiden sollte vorsichtig vorgegangen werden. Die kleinen Besitzer und Arbeiter in der Nähe der Wälder brauchen sie, da der Boden in Waldgegenden nicht ertragreich ist.

Oberlandforstmeister **v. Freyer** sagte eine Prüfung der Klagen über den Bezug ausländischen Kiefernsamens zu.

Abg. **Wallbaum** (Konf.-Hosp.) brachte verschiedene Wünsche der Waldarbeiter vor, insbesondere mit Bezug auf die neue Krankenversicherungspflicht der forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Landwirtschaftsminister **Dr. Freiherr v. Schorlemer**: Die Zugehörigkeit zu einer Organisation bildet an sich keinen ausreichenden Grund, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Entlassen werden müssen jedoch diejenigen Arbeiter, welche infolge ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation Unzufriedenheit unter ihren Mitarbeitern hervorrufen und solche Arbeiter belästigen, die sich der Organisation nicht anschließen wollen. Die Arbeiter in den staatlichen Betrieben haben alle das Recht der Beschwerde. Sie können sich auch an die Ministerialinstanz wenden, und ich werde die Beschwerde objektiv und gewissenhaft prüfen. Die Organisation ist in den weitaus meisten Fällen mit den besonderen Verhältnissen nicht einmal vertraut. Es schweben jedoch Erwägungen darüber, den Arbeitern in den einzelnen Oberförstereien und Forstschutzgebieten eine Vertretung zu gewähren, welche Wünsche der Arbeiter vortragen kann. Ich bin gern bereit, in Erwägungen darüber einzutreten, ob das Tempo des Baues von Arbeiterwohnungen nicht beschleunigt werden kann, und beim Finanzminister darauf hinzuwirken, daß höhere Mittel bereitgestellt werden. Die Waldweiden können nicht abgelöst werden, ehe nicht für Ersatz durch Dauerweiden gesorgt ist. Wir wollen Dauerweiden schaffen und der Bevölkerung zu nicht zu hohen Preisen zur Verfügung stellen. Die Verleihung des Forstmeistertitels ist ein Vorrecht der Krone; ich bin in der Lage, dem König alljährlich eine Anzahl Oberförster zur Verleihung des Titels vorzuschlagen, und ich bin gern bereit, die Zahl dieser Vorschläge noch zu vergrößern, um den Wünschen der Oberförster Rechnung zu tragen.

Abg. **Meyer-Tawellningken** (Konf.): Wir wollen mit unseren Waldarbeitern auf gutem Fuße stehen. Das ist eben der gewaltige Unterschied zwischen Stadt und Land: der Aktienbesitzer in der Stadt sieht seine Arbeiter nicht, aber wir sehen jeden Tag das Gesicht der Arbeiter und wünschen, daß sie uns freundlich anschauen.

Zu den Ausgaben für Holzverkaufs- und Verpachtungskosten liegt ein Antrag der Abgg. **Dr. Wendlandt** (Natl.) und **Rosenow** (Fortschr. Vpt.) vor, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Holzverkaufsanzeigen im Interesse einer möglichst weiten Verbreitung der ganzen Fachpresse gleichmäßig zur Verfügung zu stellen oder in einem eigens zu schaffenden Zentralblatt der Forstverwaltung zu veröffentlichen.

Abg. **Dr. Wendlandt** (Natl.): Es sprechen rein sachliche Erwägungen für unseren Antrag. Wenn die Forstverwaltung sagt, es sei nicht möglich, die Holzverkäufe in allen Fachzeitungen bekannt zu geben, so sollte die Forstverwaltung auf ihren ursprünglichen Plan, ein eigenes Zentralorgan zu schaffen, zurückkommen.

Abg. **Frhr. v. Wolff-Metternich** (Ztr.): Wir sind nicht in der Lage, den Antrag in dieser Form anzunehmen, weil wir überzeugt sind, daß die Zustände in dieser Beziehung sich schon gebessert haben. Die Schaffung eines Zentralorgans würde hohe Kosten verursachen.

Abg. **Rosenow** (Fortschr. Vpt.): Wir sind der Ansicht, daß der Antrag Wendlandt nur gut zu heißen ist, da der „Holzmarkt" nicht alle Interessenten berücksichtigen kann.

Oberlandforstmeister **v. Freyer**: Die Forstverwaltung hat mit einem privaten Fachblatte, dem „Holzmarkt", einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Forstverwaltung alle Nachrichten über Holzverkäufe dem Blatte übermittelt, jedoch die Befugnis hat, auch in den Lokalblättern zu annoncieren. Die Schnelligkeit dieses Nachrichtendienstes wird von allen Seiten anerkannt. Die Herausgabe eines Zentralblattes würde mit großen technischen Schwierigkeiten verbunden sein. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Damit ist der Forstetat erledigt. Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Interpellation Brust (Ztr.) betreffend das Grubenunglück auf Zeche Achenbach, Justizetat.

Schluß 4¼ Uhr.

# Der Ehegendarm.

Um über 800 000 Menschen nimmt alljährlich die Bevölkerung Deutschlands zu, aber die Geburtenzahl geht prozentual und — nach den Zoll- und Steuerbelastungen der letzten Zeit — sogar absolut zurück.

An sich ist das nicht so gefährlich, da auch die Sterblichkeitsziffer sinkt, aber immerhin darf man an solchen Symptomen nicht achtlos vorübergehen, wenn man den Volkskörper gesund erhalten will, denn sie sind ein Zeichen, daß irgendetwas in unserem Wirtschaftsleben nicht stimmt.

Das Zentrum und die Konservativen, die den Gebrauch von Mitteln zur Verhinderung der Empfängnis verbieten und damit den Gendarmen in das eheliche Schlafgemach einführen wollen, bekämpfen nur das System nicht seine Ursachen, die darin liegen, daß Lebenshaltung und Kindererziehung heute ungleich mehr als früher kosten. Die Wohnungspreise sind gestiegen, die Folge ist: Kinderreichen Familien wird das Wohnen zu teuer, also — Beschränkung der Kinderzahl. Die Lebensmittelpreise sind gestiegen, kinderreichen Familien werden die Bissen zu knapp, also — Beschränkung der Kinderzahl. Das Schulgeld der höheren Schulen ist seit 25 Jahren um ca. 25 Prozent gestiegen (auf den höheren Mädchenschulen bis um 50 Prozent), die Schulzeit und die Zeit der Vorbildung für den Erwerb ist erheblich verlängert, die Kosten der Kindererziehung für den Mittelstand sind damit enorm gewachsen, also — Beschränkung der Kinderzahl. Die Konkurrenz auf allen Gebieten des Erwerbslebens verringert die Chancen des Emporkommens für den einzelnen in jedem Berufe, wenn er vermögenslos ist, die Folge ist das Bestreben, jedem Kinde ein möglichst großes Erbe zu hinterlassen, also — Beschränkung der Kinderzahl.

Mit der Zunahme der Bevölkerungsdichte müssen sich die Uebel, die zur Beschränkung der Geburten führen, naturgemäß verschärfen und damit werden alle Polizeimaßnahmen unwirksam. Klagt man in Aerztekreisen schon jetzt über die Gesundheitsschädigungen der Frauen durch absichtlich herbeigeführte Fehlgeburten, und man behauptet, daß in manchen Erwerbskreisen es nur ausnahmsweise Familien gibt, auf die das nicht zutrifft, so würde das bei einem Verbot der Konzeptionsverhinderung, — das übrigens ganz undurchführbar ist — sicherlich in noch weit größerem Umfange zutreffen.

Ein anderer Vorschlag, den Prof. Dr. v. Gruber-München macht, ist weniger gefährlich, aber leider praktisch ebensowenig durchführbar. Dieser Herr, der Medizinalrat in München ist, meint, der Staat sollte jeder „Normalfamilie", die eine Mindestzahl von wenigstens drei Kindern hervorgebracht hat, Erziehungsbeihilfe gewähren und zwar in einer Höhe, **die der Normalfamilie annähernd die gleichen Lebensbedingungen gestattet, wie einer kinderarmen.** Die Gewährung solcher Beihilfen soll sich bis hoch in den Mittelstand erstrecken, damit die Vermehrung der, nach der Ansicht des Herrn Professors, „begabtesten und daher völkisch wertvollsten Familien" nicht zurückbleibt. Der Herr Professor betont dabei, daß z. B. Offizieren, anstatt von ihnen eine Heiratskaution zu verlangen, durch Aussicht auf Erziehungspreise und Familienversicherung die Heirat erleichtert werden müßte.

Zu diesen Erziehungsprämien verlangt Prof. Dr. von Gruber vom Staate auch noch Elternpensionen für über 50 Jahre alte Ehepaare, die die Mindestzahl oder mehr Kinder erzeugt und erzogen haben.

Wie weltfremd sind diese Vorschläge! Wenn der Staat nur Erziehungsbeihilfen in einer Höhe bezahlen sollte, die kinderreichen Familien die gleichen Lebensbedingungen gewähren würden, wie kinderarmen, so würde dafür ein Betrag aufgebracht werden müssen, der unerschwinglich selbst für einen Staat in glänzender Finanzlage sein würde.

Sollen die Normalfamilien und die kinderreichen Familien Zulagen erhalten, die sie in ihren Lebensbedingungen nur jenen Familien mit zwei Kindern gleichstellen, dann würde das darauf hinauslaufen, daß der Staat die Unterhaltskosten für das dritte und jedes weitere Kind in kinderreichen Familien übernimmt.

Nimmt man aber an, daß der Aufwand für Wohnung, Nahrung, Kleidung und Erziehung täglich für ein Kind nur 75 Pfennig beträgt — ein Durchschnittsbetrag, der sicherlich sehr niedrig angenommen ist — so würde bei nur vier Millionen Kindern in Deutschland, für die das Reich die von Prof. v. Gruber gewünschten Kinderbeihilfen zahlen müßte, eine jährliche Ausgabe von einer Milliarde und hundert Millionen Mark bedeuten.

Wer sollte die 1100 Millionen bezahlen? Wollte man


**Ein überaus wirksames Mittel gegen veraltete Magenleiden und Verstopfung.**

Die raschen und sicheren Erfolge, welche mit Stomoxygen erzielt wurden, machen es weit und breit zu einem beliebten Hausmittel. Stomoxygen ist ein vollkommen harmloses Sauerstoff-Präparat und ist in jeder Apotheke erhältlich. Man nimmt es am besten dreimal täglich, und zwar je 1 bis 2 Tabletten zwischen den Mahlzeiten. Die Erfolge bei Magenverstimmungen, Verstopfung und den vielen Leiden, welche diese Uebel nach sich ziehen, sind geradezu glänzend. Die Säure im Magen verschwindet, man hat kein Herzklopfen mehr. Die Schmerzen in der Leber und den Nieren, sowie im Rücken treten nicht mehr auf. Die Nerven werden gekräftigt. Stomoxygen wird von vielen bedeutenden Aerzten verordnet, da der Sauerstoff, welchen es enthält, eine Wirkung hervorruft, wie man sie günstiger kaum beobachten kann. Es ist allgemein bekannt, daß Sauerstoff die Luft verbessert; es reinigt und kräftigt aber auch den Magen und die Nieren und tötet die Keime, welche häufig die Ursache schwerer Krankheiten sind. Jeder Apotheker führt Stomoxygen, oder wenn er es nicht hat, kann er es Ihnen beschaffen. Ein Versuch wird jeden von der Vorzüglichkeit dieses Präparates überzeugen.

(Bitte ausschneiden.)



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140201010/fragment/page=0002

den Betrag durch Steuern aufbringen — direkte würden bei den Regierungen und den Konservativen auf die schwersten Widerstände stoßen — dann wäre die Folge eine weitere Verteuerung des ganzen Lebensbedarfes und damit würde eine neue Ursache zur Beschränkung der Kinderzahl geschaffen.

In Frankreich hat man ja den Versuch gemacht, durch Kinderprämien die Geburtenziffer zu heben, aber die Prämien werden das Uebel schwerlich beseitigen, da ihre Höhe in keinem Verhältnis zu der Erschwerung des Daseinskampfes durch die Verteuerung der Lebenshaltung steht. Daher wird man die Vorschläge Prof. v. Grubers wohl kaum berücksichtigen.

Verhängnisvoll aber wäre es, wenn man den Weg betreten wollte, den das Zentrum vorschlägt. In Frankreich schätzt man die Zahl der absichtlichen Fehlgeburten auf 500 000 jährlich, in Deutschland dürfte sie, trotz hoher Strafen auf Abtreibung — nach Schätzungen — kaum viel geringer sein. Die Maßnahmen, die das Zentrum vorschlägt, würde die Ziffer mit Sicherheit noch weiter heraufteiben und dem Denunziantentum in Haus und Familie würde, ohne die erhoffte Wirkung für die Hebung der Geburtenziffer, Tür und Tor geöffnet. D.

# Deutsches Reich.

**Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses** wird sich demnächst mit der Frage beschäftigen, ob das Abgeordnetenhaus von der ihm gerichtlich zugesprochenen Befugnis, das Urteil gegen den Vorwärts-Redakteur Wachs vom 23. Mai 1913 durch die Presse bekannt zu machen, Gebrauch machen solle. Es handelt sich um den bekannten Artikel „Eine reaktionäre Affenkomödie", für den Wachs zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Das Abgeordnetenhaus dürfte wahrscheinlich von seiner Befugnis keinen Gebrauch machen, da das Urteil bereits einige Monate zurückliegt.

**Eine Interpellation über das Grubenunglück bei Dortmund** des Abg. Brust und Gen., die am Dienstag auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses steht, hat folgenden Wortlaut: Die Unterzeichneten richten an die Königliche Staatsregierung die Anfrage: „Ist die Königliche Staatsregierung in der Lage, über die Ursachen des Grubenunglücks auf Zeche „Achenbach" im Landkreise Dortmund am 30. Jan. 1914 Mitteilung zu machen? Welche Maßnahmen gedenkt die Königl. Staatsregierung zur Verhütung der häufigen Unfälle in der Zukunft zu treffen?"

**Der Vatikan gegen Kardinal Kopp.** Wie der „Frankf. Ztg." aus vatikanischen Kreisen gemeldet wird, nimmt die Kurie zur Gewerkschaftsfrage vorläufig keine sachliche Stellung ein. Dagegen wurde dem Kardinal Kopp die Mißbilligung des Vatikans ausgesprochen, weil er die Oeffentlichkeit und nicht Rom angerufen habe. Das Vorgehen des Kardinals wird hier wegen des Zustandes des Papstes, dem gegenwärtig alle Aufregung ferngehalten werden soll, noch peinlicher empfunden. Die Taktik der Kurie geht darauf aus, den Plan des Kardinals Kopp zu vereiteln, der die Gewerkschaften provozieren und Rom vor die letzte Entscheidung stellen wollte. Die Kurie hofft deshalb, daß die Gewerkschaften die Situation erkennen und kaltblütig bleiben werden.

**„Dr. jur." v. Jagow.** Wie wir hören, ist die Brief-Angelegenheit v. Jagow nunmehr endgültig beigelegt. Entgegen anderen Meldungen ist man an Herrn v. Jagow niemals mit dem Ersuchen herangetreten, eine Rechtfertigungsschrift für sein Vorgehen dem Staatsministerium vorzulegen. Die Austragung der Angelegenheit erfolgte vielmehr in einer mündlichen Aussprache zwischen dem Minister v. Dallwitz und dem Polizeipräsidenten, der ein Meinungsaustausch zwischen dem Reichskanzler und dem Minister des Innern vorausgegangen war. Es wurde dem Polizeipräsidenten, wie wir schon meldeten, vom Minister des Innern eröffnet, daß man sein Vorgehen nicht als richtig anerkennen könne und die Erwartung ausgesprochen, daß sich ein ähnlicher Vorfall nicht wiederholen werde. Mit dieser offiziellen Eröffnung ist der Fall Jagow abgeschlossen.

Rheinisches Technikum Bingen. Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Brückenbau. Direktion: Professor Hoepke. Chauffeurkurse.

**Der Kammerherr als Majestätsbeleidiger.** Aus Rostock wird berichtet: Gegen den großherzoglich mecklenburgischen Kammerherrn Henning v. Bülow auf Bodenwalde bei Vehlan, einem Sohn des früheren Staatsministers, schwebt ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte hatte sich über das nachdrückliche Eintreten des Strelitzer Großherzogs für eine Verfassungsreform so geärgert, daß er seinem Inspektor gegenüber seinem Aerger in Worten Luft machte, die sich nicht wiedergeben lassen, die aber die Staatsanwaltschaft veranlaßten, gegen ihn das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten.

**Bei der Ersatzwahl im sechsten Landtagswahlkreis in Lippe-Detmold** an Stelle des wegen Ungültigkeit seines Mandats zurückgetretenen christlich-sozialen Abgeordneten Kreiling erhielten: Stärcke (Fortschr. P.) 1012 Stimmen, Becker (Soz.) 777 und Kreiling 717 Stimmen.

**Die Fürsorge für gemeingefährliche Geisteskranke.** Dem Abgeordnetenhause ist folgender Antrag des Abg. Schmedding und Genossen zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern für das Etatsjahr 1914 zugegangen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Fürsorge für gemeingefährliche Geisteskranke, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 11. Juli 1891 den Landarmenverbänden obliegt, vom Staat zu übernehmen ist.

**Eine Reorganisation der Behörden in Braunschweig.** Aus Braunschweig wird unterm 31. Januar berichtet: In der heutigen Sitzung der Landesversammlung regte Staatsminister Wolff an, eine Kommission zu bilden zwecks Vorbereitung einer Reorganisation der Behörden. Der Kommission sollen von der Regierung geeignete Beamte zur Mitarbeit zugeteilt werden. Die Versammlung hat dementsprechend beschlossen. Die Landesversammlung ist durch Reskript bis zum 3. März vertagt worden.

# Ausland.

**Das südafrikanische Parlament** wurde in Kapstadt vom Generalgouverneur Viscount Gladston mit einer Rede eröffnet, in der er einen Rückblick auf die jüngsten Ereignisse in Südafrika warf und den Dank ausdrückte für die Schnelligkeit, mit der die Streitkräfte Südafrikas die Mobilmachung bewerkstelligt und sich an den Orten gesammelt hatten, wo Unordnungen drohten. General Smuts kündigte die Einbringung eines Gesetzentwurfes für Montag an, durch den das Standrecht aufgehoben, der Regierung Indemnität für alle Handlungen zur Unterdrückung der inneren Unordnungen erteilt und Landesverweisung über die Deportierten verhängt wird, wie über unerwünschte Einwanderer, falls sie zurückzukehren versuchten. Mitglieder der Arbeiterpartei machten fruchtlose Versuche, eine Debatte über die Deportation der Arbeiterführer zu eröffnen. Im Hinblick auf Smuts Ankündigung lehnte es der Sprecher ab, eine solche Diskussion zuzulassen.

# Letzte Depeschen.

## Der Regierungswechsel in den Reichslanden.

**Berlin, 1. Februar. (Priv.-Tel.) Dem Staatssekretär Zorn v. Bulach ist die nachgesuchte Dienstentlassung unter Verleihung der Krone zum Roten Adlerorden 1. Klasse erteilt und wurde in die Erste Kammer des Landtages berufen. Bei Genehmigung des Abschiedsgesuchs Petris wurde ihm der Kronenorden 2. Klasse verliehen. Köhler verbleibt im Amte. Der Oberpräsidialrat Graf Rödern in Potsdam ist zum Staatssekretär ernannt und übernimmt die innere Abteilung des Ministeriums. Der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Freiherr v. Stein ist zum Leiter der Abteilung für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten ausersehen unter Ernennung zum Unterstaatssekretär. Der Nachfolger Petris steht noch aus.**

## Der neue Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

**Berlin, 31. Januar.**

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der Regierungspräsident von der Schulenburg in Potsdam, zu seinem Nachfolger im Präsidium des Potsdamer Regierungsbezirks der Geh. Oberregierungsrat und vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium Frhr. von Falkenhausen ernannt worden.

## Die Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche „Achenbach".

**Dortmund, 31. Januar.**

Bis heute nachmittag waren von den Verunglückten der Zeche „Achenbach" 16 Tote rekognosziert, davon sind sieben verheiratet, die anderen ledig. Von den 17 Verwundeten begaben sich acht nach Anlegung eines Notverbandes in ihre Wohnungen. Von den neun Schwerverletzten sind drei gestorben. Bei den anderen liegt keine unmittelbare Lebensgefahr vor. Die Beerdigung wird voraussichtlich Montag nachmittag erfolgen.

## Beileidstelegramm des Kaisers zu dem Grubenunglück bei Dortmund.

**Berlin, 31. Januar.**

Der Kaiser hat dem Handelsminister auf die Meldung von dem Grubenunglück auf Zeche „Achenbach" folgendes Telegramm zugehen lassen: Se. Majestät der Kaiser und König nehmen an dem neuen Grubenunglück auf der Zeche „Achenbach" im Brambaur Bergrevier schmerzlichen Anteil und lassen Ew. Exzellenz ersuchen, den bei der Schlagwetterexplosion verwundeten braven Bergleuten und den Hinterbliebenen der in ihrem Beruf gefallenen Knappen Allerhöchst ihr Beileid aussprechen. Auf Allerhöchsten Befehl v. Valentini.

## Anteilnahme des Reichstages an dem Grubenunglück auf der Zeche „Achenbach".

**Berlin, 31. Januar.**

Der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf hat an die Zechenverwaltung der Zeche „Achenbach" folgendes Telegramm gesandt: Aus Anlaß der Grubenkatastrophe, die Ihre Gewerkschaft innerhalb kurzer Zeit von neuem schwer betroffen und so zahlreichen wackeren Bergleuten das Leben gekostet hat, spreche ich Ihnen im Namen des Reichstages das herzlichste Mitgefühl aus.

## Beileidstelegramm des Herrenhauses zu dem Unglück auf der Zeche „Achenbach".

**Berlin, 31. Januar.**

Der Präsident des Herrenhauses Exz. v. Wedel hat anläßlich des Grubenunglücks auf der Zeche „Achenbach" der Gewerkschaft, den Hinterbliebenen der Verunglückten und den Verwundeten das Beileid des Herrenhauses telegraphisch übermittelt.

## Ein neues Grubenunglück.

**Dorsten, 31. Januar.**

Auf der Zeche „Fürst Leopold" sind in der Nacht drei Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen eingeschlossen worden. Rettungsmannschaften sind an der Arbeit, die Eingeschlossenen zu befreien.

## Venezilos in Wien.

**Wien, 31. Januar.**

Heute nachmittag fand beim Kaiser eine Tafel statt. Vor dem Diner wurde der griechische Ministerpräsident Venizelos empfangen, der um 10 Uhr abends nach Petersburg abfährt.

**Die dankbare Stadt Hamburg.** Wie aus Hamburg, 31. Jan., gemeldet wird, hat der Senat die Bürgerschaft um Mitgenehmigung eines lebenslänglichen Gehalts von jährlich 4000 Mark für die Schwester des verstorbenen Prof. Lichtwark, Fräulein Marianne Lichtwark, ersucht.

Katzensprungpflaster Rheumatismus und Gicht hilft gegen. In allen Apotheken vorrätig. Preis 35 ₰

Werkstätten für Wohnungskunst
Gebr. Bethmann
HALLE a. S.
Grosse Steinstrasse 79-80

laden Verlobte und Interessenten zur zwanglosen Besichtigung ihrer sehenswerten ständigen
Ausstellung neuzeitlicher Zimmereinrichtungen
höflichst ein.
Besonders preiswertes Angebot in
vollständigen Wohnungseinrichtungen
nach Künstlerentwürfen von Mk. 1800.– aufwärts unter besonderer Berücksichtigung der Zweckdienlichkeit, Formenschönheit und Gediegenheit bei Verwendung edelster Hölzer.
Beleuchtungskörper ⊠ Teppiche ⊠ Stoffe ⊠ Vorhänge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140201010/fragment/page=0003

**Paul Schauseil & Co**
kommanditiert v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch u. Eilenburg.

**An- und Verkauf von Wertpapieren,** ausländischen Banknoten und Geldsorten.

**Check- Conto-Corrent- Wechsel-** Verkehr.
**Domizilstelle für Wechsel.**
Einlösung von Coupons etc.

**Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).**
**Verlosungs-Kontrolle.**
**Privat-Tresore**
(einzeln vermiethbar).

---

# Augen auf!

Beim Einkauf von Kakaopulver achte man in erster Linie auf die
**Marke!**

Man bevorzuge die Originalpackungen der Fabrik
Mein Name bürgt für die Qualität der Marken

| | | |
|---|---|---|
| Germania | ¼ Pfd. | 60 Pfg. |
| Monopol | ¼ „ | 50 „ |
| Kongreß | ¼ „ | 40 „ |
| Treffer | ¼ „ | 30 „ |

Ich gebe volles Nettogewicht.

**Robert Berger, Pößneck**

Vertreter: Ernst Hagemann, Halle a. d. S. Fernr. 721.

---

# Duca-Konzert

im **Ritter-Saal,**
Leipzigerstrasse 73. I.,
**Dienstag, den 3. Februar,**
**nachm. 5 Uhr,**
verbunden mit der Vorführung des

# Auto-Pianos,

bestes Kunstspielpiano der Neuzeit.
Interessenten und Freunden guter Musik werden Eintrittskarten gern kostenlos verabreicht.

| | | |
|---|---|---|
| Rondo, Op. 24 C. M. v. Weber | gesp. v. | Fr. Prof. Kwast-Hodapp |
| As-dur Ballade, Op. 47, Chopin | „ „ | C. Ansorge |
| LaCampanella, Paganini-Etüde Liszt | „ „ | P. Eggert |
| Ung. Rhapsodie m. Zigeunerweisen) Sarasate Goldschmidt) | „ „ | B.M. Goldschmied |
| Des-dur, Walzer, Op. 64, 1, Chopin | „ „ | Alice Ripper |
| Murmelndes Lüftchen, Jensen | „ „ | Prof. J. Weisz |
| Humoreske, Op. 101,7, Dvorak | „ „ | M. Kaufmann |
| Triumphmarsch a. „Aida" Verdi | „ „ | F. Beer |
| Seid umschlungen Millionen, J. Strauss | „ „ | Komponisten |
| Rosen aus dem Süden | „ „ | M. v. Zadora |

---

**Jubiläums-Winterfest des Skiklubs Braunlage von 1892**
Ortsgruppe des Oberharzer Skiklubs
verbunden mit Veranstaltungen der Kurverwaltung Braunlage
**vom 7. bis 14. Februar 1914 in Braunlage.**
Ski-, Lang- und Sprungläufe. Wettrodeln. Schlittenpartien usw.
Sonderzug ab Halle am 7. Februar. 5.05 Uhr,
an Braunlage 8.51 Uhr.
Auskünfte und Programme durch die Kurverwaltung Braunlage.
Tel. 40

---

**Waldmühle bei Braunlage • Oberharz •**

Idyllische Lage, von Hochwald und Wiesen umgeben. Beste Gelegenheit zum **Skilaufen.** — Elektr. Licht — Zentralheizung. — Auf Wunsch Schlitten an der Bahn. — Gute Verpflegung. Preis 5 Mk.

---

# SCHÖNE SEEREISEN

von HAMBURG nach MADEIRA
und den
**Canarischen Inseln**
mit den erstklassigen Post- und Passagierdampfern der
**WOERMANN-LINIE**
und der
**HAMBURG-AMERIKA LINIE**
(Afrika-Dienst)
Nähere Auskunft wegen Passage für die Schiffe der WOERMANN-LINIE bei der WOERMANN-LINIE (Passage-Abteilung), für die Schiffe der HAMBURG-AMERIKA LINIE bei der HAMBURG-AMERIKA LINIE (Afrika-Dienst) oder bei den Agenten beider Gesellschaften.

---

# Elektrische Anlagen

jeder Art und Größe.
**K. Rast,** Halle a. S., Geiffstr. 26, Tel. 169.

---

**Pferde werden 3 bis 6 Monate**

auf Probe gegeben und werden versichert, daher ohne jedes Risiko. Es sind jüngere etwas pflastermüde Pferde, welche auf dem Lande auch frisch werden. Falls Pferde zurückgegeben werden, kosten dieselben pro Tag M. 1.— Benutzung. Diese kulanten Bedingungen lassen sich nur durch Anschluß eines großen Fuhrparkes durchführen. Es stehen mehrere **100** Pferde zur Auswahl
**Straßenreinigung u. Feuerwehrbespannungsweisen u. Pferdeverkauf Robert Hennecke,** Verkauf- und Vermietungsdepot, **Berlin, Köthenerstraße 26.**

---

# Prof. Max Reger

urteilt über

# Steinway & Sons-Flügel:

„Die Steinway-Flügel und Pianinos sind für mich :: der Gipfelpunkt der modernen Instrumente." ::

**Alleinvertretung für Halle u. Umgegend:**

**B. Döll,** Gr. Ulrichstr. 33|34.

---

# „Zum Würzburger".

Gegr. 1902. Gegr. 1902.

Ausschuß von
**ff. Würzburger Doppelbock.**

**Nächsten Donnerstag Schlachtfest.**
Hochachtungsvoll **Ludwig Riese.**

---

**C. W. Trothe**
Optisches Spezial-Institut,
**Poststrasse 9/10,**
Gegründet 1816.

---

# Café Roland.

Ab 1. Februar täglich:

# Grosses Bockbierfest,

**Doppel-Konzert,**
ausgeführt von der **Hauskapelle Peppi Rado** und der **urfidelen Schrammelkapelle Dr. Wagner.**
Anfang 8 Uhr abends. Sonntag nachm. 4 Uhr

---

**Bankangestellte!**

Wir laden hiermit alle Kollegen der Stadt Halle und Umgebung zu einer am
**Mittwoch, 4. Februar a. c., abends 8½ Uhr,**
im Restaurant „St. Nicolaus", Nicolaistr. 11/14,
stattfindenden
**grossen öffentlichen Versammlung**
höflichst ein. Kein Bankbeamter darf fehlen.
Referent: Kollege **Benno Marx**-Berlin.
Thema: **Unser Programm.**
Anschliessend freie Aussprache.
**Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten Berlin.**

---

**Wo** bekommt man wirklich gute hausschlachtene Rot- Leber- u. Schwartenwurst, hochfeine Knack- und Schlachtwurst. Prima Schinken u. fetten Speck. Stets frisches weiß Fett und Wurststeff. Fleischige Pökelrippchen u. Pökelknochen Täglich frische Bratwurst und gehacktes Fleisch aus reinem Schweinegut? — Nur bei

**Bernhard Borgis,**
Tel. 1838 — Domplatz 10.
Da ist jeden Montag u. Donnerstag
**grosses Schlachtefest.**
Erfahrdte Hallesche Hausschlächterei m. elektr. Betrieb.
(Versand prompt nach auswärts.)

---

**Künstliche Zähne**
Plomben Stiftzähne Reparaturen etc.
**Willy Muder** — am Leipziger Turm
Neue Promenade 16, I., Ecke Leipzigerstr.
Zahlreiche Anerkennungen. Telephon 3483.

---

**Wir drei**
verkünden laut im Chore:
**Heizt Alle nur noch mit Hallore**

---

# Stadt-Theater in Halle.

Dir.: Geh. Hofrat M. Richards
Fernruf 1181.

**Sonntag, den 1. Februar 1914:**
Nachmittags 3½ Uhr:
8. Volksvorstellung z. kl. Preisen v. 25—65 Pfg. (inkl. Garderobegeld).
**Rosmersholm.**
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Spielleitung: Walter Steg. Inspizient: Oskar Teacher. Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 3½ Uhr. Ende 6 Uhr.

Abends 7 Uhr:
143. Vorstellung im Abonnement. 3. Viertel.
**Die Meistersinger von Nürnberg.**
In 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Spielleitung: Oberregiss. Theo Ramen. Musikalische Leitung: Hermann Hans Wetzler. Inspizient: Karl Jordan. Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7 Uhr. Ende 11½ Uhr.

**Montag, den 2. Februar 1914:**
144. Vorstellung im Abonnement. 4. Viertel
Novität! Zum letzten Male:
**Das Buch einer Frau.**
Lustspiel in 3 Akten von Lothar Schmidt. Spielleitung: Walter Steg. Inspizient: O. Tegeder. Kassenöffnung 7 Uhr.
Anf. 7½ Uhr. Ende vor 10 Uhr.

**Dienstag, den 3. Februar 1914:**
145. Vorstellung im Abonnement. 1. Viertel.
**Fidelio.**
Oper in 2 Akten von Ludwig van Beethoven.

---

Kgr. Sachsen.
**Technikum Mittweida**
Direktor: Professor Holzt.
Höheres technisches Institut f. Elektro- u. Maschinentechnik.
Sonderabteilung f. Ingenieure, Techniker u. Werkmeister.
Lehrfabrik-Werkstätten.
Älteste u. bestbesuchteste Anstalt.
Programm etc. kostenlos
v. Sekretariat.

---

In gesegneter
**christl. Pension**
finden noch ein. Schülerinnen höh Schulen herzl. Aufnahme. Näheres unter Chiffre N. 57 an die Exp. d. Ztg.

---

Gegr. 1878

# Zentralheizungen

aller Systeme.

# Dicker & Werneburg

Aelteste Hallesche Zentralheizungs-Firma.
Feinste Referenzen.

---

**Moderne Transmissionen**
in erstklassiger Ausführung
Treibriemen-Oele-Fette-Putzwolle
Günstigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
**Bader & Halbig, Halle a. S.**

---

**Jeder spielt sofort Klavier!**
Ohne fremde Hilfe — ohne Notenkenntnisse
kann jeder, ob alt oder jung, in kürzester Zeit flott und fehlerfrei nach der Tastenschrift Klavier spielen. — Probestücke und Aufklärung sendet gegen 50 Pfg. der
Musik-Verlag „Euphonie" Friedenau 264 bei Berlin.

---

Treuhänder einer vornehmen Deutsch-Russ. Goldbergbau-Gesellschaft bietet gesicherte sechsprozentige
**Vorzugsanteile**
zum Kauf an. Grosse Gewinnchancen. Anfragen unter V. 6173 durch „Invalidendank", Berlin W. 9.

---

GUTHMANN'S ECHTE
**Cosmos-Seife**
DRESDEN Stck. 25 Pfg.

---

# Briefmarken

30 000 verschiedene, garantiert echt, tadellos, versendet auf Verlangen zur Auswahl bis 60% Rabatt unter Senf. Katalog.
A. Weiss, Wien I, Adlergasse 8. Einkauf von Sammlungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140201010/fragment/page=0004